

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnementspreis vierteljährlich 1.50 Mt., monatlich 0.40 Mt., 1 monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle Kaiserlich, Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends: „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Feuner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haackstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Woffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Tel.-Abz.: Elbzeitung.
Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf. „Gingelant“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Wird Frankreichs höchste militärische Leistungsfähigkeit zu einer inneren oder äußeren Krisis treiben?

In einer Sitzung, die beinahe 15 Stunden gedauert hat, nahm die französische Deputiertenkammer nunmehr die große Wehroverlage endgültig an, und damit ist etwas erreicht worden, was für das Machtbewußtsein und den Größenwahn der Franzosen sehr verhängnisvoll werden kann. Die für das französische Heer nunmehr erreichte dreijährige Dienstzeit wird die stehende Truppenmacht Frankreichs auf 860 000 Mann erhöhen, Frankreichs stehendes Heer wird also künftig noch um 100 000 Mann stärker sein, als das deutsche nach der Durchführung der bekannten Heeresvermehrungen! In was für Träume und Hoffnungen kann diese Tatsache die Nationalisten und Chauvinisten in Frankreich nicht wiegen!

Frankreichs stehendes Heer ist um 100 000 Mann stärker als dasjenige Deutschlands! Wird diese Tatsache nicht das französische Selbstbewußtsein in der äußeren Politik bis zur gefährlichen Begehrlichkeit steigern? Richtig ist ja, daß die riesige Verstärkung des stehenden Heeres in Frankreich einfach durch die Maßregel der Zurückbehaltung der Soldaten im Heere um ein drittes Dienstjahr erreicht worden ist, und wenn Deutschland zu derselben Maßregel greifen sollte, so würde natürlich das stehende Heer Deutschlands 250 000 Mann stärker werden als das französische. Für die Kriegsbereitschaft Frankreichs bleibt inbeffen die Maßregel der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ein ungeheurer Vorteil, denn das französische Heer ist künftig auch im Frieden so stark, daß es ohne weiteres zum Angriff übergehen kann. Es ist ungemein gefährlich und bedenklich, wenn Deutschland und Frankreich jetzt nun noch einen Schritt weitergehen wollten in der Stärkung der Heere und ihrer Kriegsbereitschaft. Man käme da sehr leicht in ein ganz unerträgliches Rüstungsverhältnis, welches nur durch einen Krieg auf Leben und Tod wieder auf einen normalen Zustand zurückgeführt werden könnte. Jedenfalls ist nach unserer Westgrenze hin der Erfolg unserer neuen Heeresvorlage, unbedingten Frieden zu erzwingen, etwas fraglich geworden. Man muß sich eben in den Gemütszustand der so leicht erregbaren Franzosen denken, die immer noch nach Elsaß-Lothringen blicken und am liebsten den Deutschen alles Land bis zum linken Rheinufer abnehmen möchten. Es ist dies der Lieblingswunsch aller Franzosen schon seit 50 Jahren. Nun hat aber die große Verstärkung des französischen Heeres nicht nur eine wichtige Einwirkung auf Frankreichs äußere Politik, sondern sie wird auch recht bedenkliche Einflüsse auf die inneren Zustände in Frankreich haben.

Zunächst ist bei der Abstimmung über die große Wehroverlage in der französischen Deputiertenkammer zu beobachten gewesen, daß die große Linke der französischen Republikaner sich gespalten hat. Die demokratische Vereinigung der Republikaner Frankreichs, die über 100 Deputierte zählt, hat den Ergradikalen und Sozialisten den Krieg erklärt und hat einen deutlichen Ruck nach rechts gemacht. Die Parteien der Rechten und des Zentrums haben in Verbindung mit der demokratischen Vereinigung die Wehroverlage für Frankreich zu Stande gebracht, und sie werden auch die künftige Politik nach innen und nach außen für Frankreich stark beeinflussen. Diese Sachlage wird aber nicht ohne Antwort seitens der sehr zahlreichen radikalen Parteien in Frankreich bleiben. Hat doch bereits der frühere Ministerpräsident Callaux dem jetzigen Ministerpräsidenten Barthou den Vorwurf in einer der letzten Sitzungen gemacht, daß er die Republikaner gespalten und der Reaktion in die Hände gearbeitet habe. Dazu kommt aber noch die sehr heikle Frage der Kostenbedeckung für die so gewaltige Vermehrung des stehenden Heeres in Frankreich. Man hat ausgerechnet, daß die Kosten für diese Heeresvermehrung der französischen Staatskasse jährlich eine Milliarde Francs betragen werden, Frankreich hätte also jährlich rund eine Milliarde Francs mehr Steuern auszubringen. Man darf gespannt sein, wie diese riesige Mehrausgabe auf die innere Politik Frankreichs wirken wird.

Politische Tagesübersicht.

* Zu dem Artikel über die österreichische Balkanpolitik in der „Wiesbadener Ztg.“ schreibt das „Dresdner Journal“: „Wie wir von zuständiger Seite erfahren, steht Se. Kgl. Hoheit, der Prinz Max, Herzog zu Sachsen, dem Artikel: „Ein deutscher Prinz über die Balkanwirren“ in Nr. 363

der „Wiesbadener Ztg.“ vom 13. Juli 1913 und den darin erhobenen Angriffen auf die österreichisch-ungarische Balkanpolitik fern. Es handelt sich vielmehr um eine indiskrete, mißverständliche und tendenziöse Wiedergabe eines gelegentlichen, nicht für die Presse bestimmten, ganz privaten Meinungsaustausches zwischen Sr. Kgl. Hoheit und einem ihm bekannten Herrn über beiderseitige persönliche Eindrücke und Erinnerungen bei früheren Reisen auf dem Balkan. Daß die Kgl. Sächs. Regierung dem erwähnten Artikel der „Wiesbadener Ztg.“ vollkommen fernsteht, ist schon früher zum Ausdruck gekommen.“ — Prinz Max ist also nicht der Gewährsmann der „Wiesbadener Ztg.“, aber es bleibt doch die unangenehme Tatsache bestehen, daß er sich privatim sehr scharf über die Balkanpolitik Österreich-Ungarns ausgelassen hat.

* Keine neue Aufrollung der bayerischen Königsfrage. Gegenüber der Meldung eines Berliner Blattes, wonach im Herbst dieses Jahres die bayerische Königsfrage wieder ausgetrollt werden sollte, ist die „Bayerische Staatszeitung“ zu der Erklärung ermächtigt, daß bei den maßgebenden Stellen keinerlei Verhandlungen über die Wiederaufnahme dieser Frage schweben.

† Die in Berlin bevorstehende kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die in die Krupp'sche Bestechungsaffäre verwickelten Zeugoffiziere soll, wie man neuerdings von anscheinend offiziöser Berliner Seite erklärt, zum größten Teile öffentlich geführt werden. Bislang verlautete, daß sich dieser Prozeß unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit abspielen würde. Uebrigens erklärt jetzt Direktor Dr. Hagenberg von der Firma Krupp gegenüber der Mittelung des „Berl. Tagebl.“, das Ermittlungsverfahren in dieser Angelegenheit sei auch auf ihn und noch andere Mitglieder des Krupp'schen Direktoriums ausgedehnt worden, er und die übrigen Direktorialmitglieder hegen über den Ehrenpunkt des deutschen Beamten die nämlichen Anschauungen, die man auch sonst in deutschen Landen hätte, und beteuert, daß von ihnen nichts ausgegangen sei, was einer Beamtenbestechung selbst nur ähnlich wäre.

* Keine Umbewaffnung der Artillerie. Gegenüber Mitteilungen, die Ende vergangener Woche durch eine militärische Korrespondenz zur Verbreitung gelangten, wird von zuständiger Seite aus erklärt, daß im Kriegsministerium zu Berlin weder eine Neubewaffnung noch eine Umbewaffnung der Artillerie in Aussicht genommen ist.

* Zur Reichstagswahl in Dresden-Neustadt. Als letzte der Parteien haben nunmehr auch die Konservativen im Vereine mit der Reformpartei ihren Kandidaten aufgestellt, und zwar in der Person des Herrn Dr. Georg Hartmann (Rathstock). In dem verwaisten 4. sächsischen Reichstagswahlkreise präsentieren sich den Wählern somit drei Kandidaten: Der freisinnige Rechtsanwalt Kloppele, der sozialdemokratische Arbeitersekretär Buch und der konservative Kandidat Dr. Hartmann, der ein geborener Dresdner ist und zehn Jahre lang als aktiver Offizier in Jttau stand. Dr. Hartmann ist in den Dresdner konservativen Kreisen eine bekannte Persönlichkeit.

* Sachsen und die preussischen Staatsbahnen. Ein Berliner Blatt hatte die auch in sächsische Blätter übergegangene Mitteilung gebracht, daß in einer kürzlich abgehaltenen Konferenz der deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz von den sächsischen Vertretern über die Umgehung Sachsens durch die preussische Staatsbahn im Personen- und Güterverkehr Klage geführt worden sei, und die Haltung Preußens in Dresden als wenig bundesfreundlich empfunden werde. Wie der „Sächsische Landesdienst“ von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Mitteilung unrichtig. In jener Konferenz ist über Fahrpläne, die Sachsen Interessen berühren, überhaupt nicht verhandelt worden, wohl aber über Verbesserungen der Güterverkehrsleitung. Die Vertreter der sächsischen Regierung haben hierbei den Standpunkt eingenommen, daß sich die vor mehreren Jahren vereinbarte Leitung des deutschen Güterverkehrs im allgemeinen bewährt habe. Nach diesen Vereinbarungen sind zwar teilweise sächsische Strecken, die die kürzesten Verbindungen bieten und auch ihrerseits durchaus leistungsfähig sind, an der Beförderung nicht beteiligt. Die sächsischen Regierungsvertreter erkannten jedoch an, daß in diesem Umwegverfahren ein unangemessener Wettbewerb der preussischen Staatsbahnen gegen die sächsischen nicht gefunden werden könne, da hierbei die unter den deutschen Staatsbahnverwaltungen im gegenseitigen Interesse festgesetzten Grenzen eingehalten werden.

* Zur Frage der Angestelltenversicherung. Eine Ver-

einbarung zwischen Deutschland und Oesterreich über die Angestelltenversicherung wird von der Freien Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten in einer Petition an den Reichskanzler gefordert. Der Reichskanzler wird darin ersucht, entsprechend dem § 362 des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte von Oesterreich, das ein ähnliches Gesetz hat, einen Gegenständigkeitsvertrag zu schließen auf der Grundlage 1. Anrechnung der Beiträge, die zur Versicherung des anderen Staates gezahlt sind bei der Berechnung der Leistung der Versicherten des Staates, für die der Versicherte die höheren Ansprüche erworben hat. Dies soll für den Fall gelten, daß die Wartezeit bei Eintritt des Versicherungsfalles noch nicht erfüllt ist. 2. Falls die Wartezeit erfüllt ist, Gewährung der Leistungen aus beiden Gesetzen.

* Veteranenfürsorge. Vom 1. Oktober an treten die Bestimmungen des Gesetzes über die Gewährung der Beihilfen an Kriegsteilnehmer in Kraft. Die Beihilfen werden von 120 auf 150 Mark erhöht. Als eine sehr wohlthätige Neuerung werden die Veteranen empfinden, daß es eines besonderen Antrages, dieser Erhöhung teilhaftig zu werden, nicht bedarf. Das neue Gesetz erweitert auch den Kreis der empfangsberechtigten Kriegsteilnehmer, sodas viele eine merklliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erfahren werden.

* Zum Falle des erschossenen Fremdenlegionärs bringen jetzt die „Berl. N. N.“ eine neue Darstellung. Es heißt darin, daß Müller während der Kämpfe gegen die Bent Bu Yahi von einem alten Legionär zum Desertieren überredet wurde. M. ließ sich zum Desertieren verleiten, trotzdem er wußte, daß er von seinen Eltern als Minderjähriger reklamiert worden war. Er wollte aber das Ergebnis dieser Reklamation nicht abwarten. Die beiden Deserteure wurden ergriffen und vom Kriegsgericht zu Duda zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung des M. fand zwei Tage später statt, trotzdem die Reklamation seiner Eltern in Paris bereits genehmigt worden war und der Oberstleutnant Pajard, der Vorsitzende des Kriegsgerichtes, dies wußte. Die Eltern des M. sollen nicht in Afrika gewesen sein. Nach der Angabe des Briefschreibers stammte M. aus Kamenz, wäre also, entgegen den französischen Ablehnungen, deutscher Untertan.

† Die Automobilindustrie soll, so verlautet, zu den Kosten der Wegeunterhaltung in Preußen herangezogen werden. Zu diesem Zwecke haben der Minister des Innern und der Minister der öffentlichen Arbeiten eine gemeinsame Verfügung an die Oberpräsidenten sämtlicher Provinzen gerichtet, in der diese zu einem Gutachten und zu Vorschlägen aufgefordert werden.

* Die Halbjahrs-Ergebnisse der Ruhrkohlenbergwerke. Der Essener Bergwerks-Verein „König Wilhelm“ erzielte im zweiten Vierteljahr 1913 einen Betriebsüberschuß von 1,178 082 (gegen 784 590 Mark im zweiten Vierteljahr 1912). Das erste Halbjahr 1913 erzielt 2,210 024 (gegen 1,490 368 Mark im ersten Halbjahr 1912). — Die Bergwerkschaft „König Ludwig“, Recklinghausen, weist für das zweite Vierteljahr einen Betriebsüberschuß von 1,350 660 Mark aus (gegen 851 919 Mark im zweiten Viertel des Vorjahres). — Die Bergwerkschaft „Ewald“ hat in dem Vierteljahr April bis Juni einen Betriebsüberschuß von 2,269 612 Mark erzielt (gegen 1,601 270 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres). Für das erste Halbjahr 1913 beträgt der Ueberschuß 4,312 774 Mark (im Vorjahre 2,812 191 Mark).

Oesterreich-Ungarn.

† In der altberühmten böhmischen Bäderstadt Karlsbad ist am Montag vormittag ein Internationaler Bergarbeiterkongreß zusammengetreten. Der Kongreß wurde vom Präsidenten der Bergarbeitervereinigung Englands, Smillie, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, worauf die Sprecher der übrigen Nationen kurze Ansprachen hielten.

† Der Beschluß des böhmischen Landesauschusses, betr. die provisorische Forterhebung der Landeszuschläge zu den direkten Landessteuern — ausgenommen die Personaleinkommensteuer — für die Zeit vom 1. Juli bis 10. September 1913, mit der Einschränkung, daß diese Zuschläge nur in der bisherigen Höhe von 55 Proz. erhoben werden dürfen, hat die kaiserliche Sanktion erhalten. Der Beschluß stellt freilich nur einen Notbehelf in der gegenwärtigen Finanzklemme Böhmens dar.

Frankreich.

* Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß die amtliche Statistik des Kriegsamtes ergeben habe, daß sich unter